

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 6. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 8. November 2021
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 21:10 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 43 und 44 vom 28. Oktober 2021 und 4. November 2021 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

| | |
|-------------------------------------|--|
| Stadtratspräsidentin | Karin Fankhauser |
| Stimmzähler | Mirjam Bucher, Ulrich von Känel |
| Mitglieder des Stadtrates | Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus, Gabriela Bannwart, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Barbara Lüthi, Philipp Schärf, Adrian Merz, Andreas Stettler, Anette Vogt, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Damaris Hauser, Jürg Grimm, Walter Bangerter, Urs Wüthrich, Debra Marti, Carmen Baumeler, Esther Liechti-Lanz, Karin Karrer-Siegenthaler, Josef Timoteo Jenni, Macarena Matutis Robin, Christian Hedinger, Mirjam Bucher, Elias Maier, Hermann Dür, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Yves Greisler |
| Entschuldigt | Franziska Maurer Roschi, Sabrina Rohrbach, Camille Rohn, Julia Blaser |
| Stadtpräsident | Stefan Berger |
| Mitglieder des Gemeinderates | Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb |
| Entschuldigt | Theophil Bucher |

| | |
|------------------------|-------------------------------------|
| Stadtschreiber | Stefan Ghioldi |
| Auskunftsperson | Peter Hofer, Leiter Finanzdirektion |
| Protokoll | Brigitte Henzi |

Traktanden:

| | |
|--|----|
| - Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. September 2021 | 3 |
| - Informationen der Stadtratspräsidentin | 3 |
| - Informationen aus dem Gemeinderat | 4 |
| - Kreditabrechnung; Abwassererschliessung und Löschwasserschutz Feuerwehr Haberrütti Weierrüti Bifang Grafenscheuren Weier Gemeinden Burgdorf und Kirchberg | 5 |
| - Friedhof; Neue Parkierungsanlage Seite Bernstrasse, Ausführungskredit | 7 |
| - Sanierung Altstadt- und Weihnachtsbeleuchtung; Ausführungskredit | 10 |
| - Jahresrechnung 2021 - Nachkredit PG 52 Freizeit | 16 |
| - Budget 2022 und Aufgaben-/Finanzplan 2023-2025 | 17 |
| - Interpellation Grüne Partei betreffend Erhaltung eines Quartiertreffpunktes im Steinhofquartier | 23 |
| - Verschiedenes und Unvorhergesehenes | 24 |

Appell

Der durch den Stimmenzähler von Känel Ulrich durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 35 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Käsermann Fabian trifft im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin teilt mit, dass infolge Abwesenheit von Stimmenzählerin Maurer Roschi Franca eine Stellvertretung gewählt werden muss. Als stellvertretende Stimmenzählerin wird Bucher Mirjam vorgeschlagen.

Beschluss

Der Stadtrat wählt einstimmig Bucher Mirjam als stellvertretende Stimmenzählerin.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2021-490 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. September 2021

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 20. September 2021.

SRB: 2021-491 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin begrüsst die Anwesenden zur sechsten Sitzung im Jahr 2021 und informiert über das im Gemeindesaal geltende Schutzkonzept. Im speziellen begrüsst sie als Auskunftsperson Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion.

Die Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe, welche sie auch auf der online Sitzungsverwaltung erfasst hat. Am 9. Oktober 2021 überbrachte sie die Grussbotschaft an der Vernissage "Momentaufnahmen" der Sportlerehrung. Am 24. Oktober 2021 überbrachte sie die Grussbotschaft anlässlich der Siegerehrung des "Waldegg-Cup" des Pétanque Club Burgdorf auf der Brüder Schnell Terrasse. Am 30. Oktober 2021 hat sie an der 50 Jahre Feier des Kiwanis Club Burgdorf im Landgasthof Bären in Ersigen teilgenommen. Der SR wird gebeten, auch weiterhin die Vorstösse

und Aufträge in elektronischer Form bei Henzi Brigitte einzureichen. Heute Nachmittag hat der SR die Aktennotiz zum Fraktionentreffen vom 25. Oktober 2021 erhalten. Die Vorsitzende dankt allen Teilnehmenden für die tolle Diskussion. Im weiteren begrüsst die Vorsitzende als neues Mitglied der EVP-Fraktion im SR Blaser Julia. Leider musste sie sich jedoch für die heutige Sitzung entschuldigen.

SRB: 2021-492 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass seit der Informationsveranstaltung im August, als Leuenberger Peter, Leiter Sozialdirektion, über die Situation in der Sozialdirektion informiert hat, sehr viel passiert ist. Die Sozialdirektion ist mit negativen Schlagzeilen in der Berner Zeitung BZ publik worden. An dieser Stelle folgt das Update, was in den letzten zwei Monaten passiert ist. Die strategische Projektleitung unter der Leitung von Stadtpräsident Berger Stefan und der externen Begleitung von Herrmann Michael der Firma PPC hat regelmässig getagt. Auch die operative Projektleitung unter der Leitung durch von Arb Jonas hat ihre Arbeit aufgenommen und sich den nötigen Prozessen, die man verbessern wollte, gewidmet. Ziel war es, die Reorganisation an einigen Punkten zu korrigieren und die Sozialdirektion, die durch zahlreiche Abgänge im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz ihre Arbeit nicht mehr vollständig erledigen konnte, wieder zu stabilisieren. Mitte September ist in der strategischen Projektleitung erstmals die Frage aufgeworfen worden, ob Leuenberger Peter noch die Kraft und die Handlungsfähigkeit hat, um das Steuer herumzureissen und die Mitarbeitenden hinter sich zu scharren. Offenbar hat sich zunehmend ein Graben aufgetan zwischen der Leitung und den Mitarbeitenden. Die strategische Projektleitung hat Leuenberger Peter das Vertrauen ausgesprochen. In der ersten Ferienwoche Ende September hat Stadtpräsident Berger Stefan eine dringende Videokonferenz einberufen. Stadtpräsident Berger Stefan bekam Rückmeldungen, dass Leuenberger Peter den Rückhalt komplett verloren hat und es nicht mehr plausibel ist, wie er die Sozialdirektion noch stabilisieren kann. Stadtpräsident Berger Stefan und Gemeinderätin Gübeli Charlotte haben das Gespräch mit Leuenberger Peter gesucht und sich auf eine einvernehmliche Trennung geeinigt. In der gleichen Wochen, der dritten Ferienwoche, hat eine Sitzung der strategischen Projektleitung stattgefunden und Stadtpräsident Berger Stefan hat Wolffers Felix eingeladen. Man hat ihm die ad interim Leitung der Sozialdirektion offeriert. Wolffers Felix hat das Angebot gerne angenommen, hat aber gesagt, dass er noch zwei Personen dazu nehmen möchte, so dass man mit Vollgas die Stabilisierung der Sozialdirektion starten kann. Wolffers Felix hat während vielen Jahren das Sozialamt der Stadt Bern geleitet und auch das Co-Präsidium der SKOS zusammen mit Frösch Therese innegehabt. Neben ihm wurde Gygax Doris angefragt. Sie ist langjährige stellvertretende Leiterin des Sozialamtes Bern und spezialisiert auf Buchhaltung. Sie hat BWL studiert und hat das Spezialgebiet Buchhaltung, Support und Prozesse. Als Dritter wurde Lüthi Heinz angefragt. Er ist langjähriger Leiter des Sozialdienstes Lyss und ist spezialisiert im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz. Die drei Personen haben ihre Arbeit vor zwei Wochen aufgenommen. Bis Ende letzter Woche haben sie eine Analyse gemacht und jetzt ist die vordringlichste Arbeit fehlendes Personal durch Springer oder befristete Anstellungen aufzustocken. Man will im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz wieder arbeitsfähig werden. Wie man bereits aus der ersten Medienmitteilung entnehmen konnte, mussten die Kindesschutzmandate ausgelagert werden. Der Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz war nicht mehr in der Lage, aufgrund der vielen Abgängen und Krankschreibungen alle Mandate zu betreuen. Von der KESB Langnau ist die zeitlich befristete Auslagerung als einzig mögliche Lösung angeschaut worden, damit der Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz wieder

aufgebaut werden kann. Sobald die Sozialdirektion Burgdorf wieder in der Lage ist die Mandate zu betreuen, werden diese wieder nach Burgdorf geholt. Es tut Gemeinderätin Gübeli Charlotte leid für die Betroffenen. Die Kinder erhalten jetzt neue Mandatsführer. Das ist ein grosser Einschnitt in ihr Leben. Man ist im Moment vorsichtig optimistisch, dass man mit der sehr kompetenten, pragmatischen und erfahrenen Interimsleitung rasch möglichst die nötigen Schritte zur Stabilisierung einleiten kann. Die strategische Projektleitung hat man vorerst sistiert. Es macht keinen Sinn, wenn die Interimsleitung durch die strategische Projektleitung geführt wird. Die neue Leitung muss jetzt freie Hand haben, Entscheide treffen und zusammen mit den Mitarbeitenden die dringend nötigen Weichenstellungen vorzunehmen. Es soll rasch umgesetzt werden, was den Mitarbeitenden am meisten Erleichterung bringt. Mit diesen eingeleiteten Schritten hofft man, dass bis Ende März das Schiff, das gekentert ist, wieder aufzurichten. Bei Fragen steht Gemeinderätin Gübeli Charlotte sowie die Vertreter der Sozialkommission zur Verfügung.

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über den Stand von Covid-19 in den Schulen. Nach den Herbstferien ist es relativ ruhig losgegangen. Man war zuversichtlich, hat aber befürchtet, dass es wieder losgehen könnte. Stand heute ist, dass es wieder losgegangen ist. In drei Schulhäusern sind über sechs Klassen diverse Kinder im positiven Bereich. Es gibt gegenüber früher, als man die ganze Klasse in den Fernunterricht geschickt hat, Änderungen, weil jetzt die positiven Fälle in Isolation geschickt werden und ab der 5. Klasse gilt für sieben Tage Maskenpflicht. Man hat heute eine völlig andere Situation, gesamthaft doch relativ positiv, aber man hat Coronafälle und es geht weiter. Man ist weiterhin daran, die Massnahmen und die Regelungen einzuhalten. Gemeinderat Grimm Christoph informiert im weiteren über den Jugendtreff, den Giele- und Moditreff, im Steinhof. Es ist definitiv, dass dieser Treffpunkt im Steinhof gegen Ende November geschlossen wird. Man ist im Moment am Zügeln. Man hat eine vorübergehende Lösung gefunden. Die Kirchgemeinde hat grosszügiger Weise und sehr unkompliziert das U-Boot an der Lyssachstrasse beim Kirchgemeindehaus für den Jugendtreff, den Giele- und Moditräff, zur Verfügung gestellt. Es geht nahtlos weiter. Darüber ist man sehr froh und der Kirchgemeinde ein herzliches Dankeschön aus der Ferne für diese Möglichkeit. Zudem informiert Gemeinderat Grimm Christoph über den Stand beim Waldeggweg. Am liebsten wäre man direkt beim Waldeggweg eingezogen, aber das ist leider nicht möglich. Es ist relativ viel bereits bekannt. Man hat alles daran gesetzt um dies zu ermöglichen. Es sind aber Einsprachen eingegangen. Diese wären eigentlich abgeschlossen gewesen und der Entscheid hätte in den letzten Tagen eintreffen sollen. Es ist jetzt aber ein Fristerstreckungsgesuch beim Regierungsstatthalteramt eingegangen und wurde gutgeheissen. Das heisst, es braucht wieder Zeit bis man weiss, ob der Umbau und die Anpassungen vorgenommen werden können. Das U-Boot ist bis zu den Sportferien 2021 reserviert und man hofft, danach am Waldeggweg den Jugendtreff endgültig umsetzen zu können.

SRB: 2021-493 | Registratur-Nr. 3.33.3310

**Kreditabrechnung; Abwassererschliessung und Löschwasserschutz Feuerwehr Haberrütti Weier
Bifang Grafenscheuren Weier Gemeinden Burgdorf und Kirchberg**

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um eine Kreditabrechnung handelt. Der Start für diese Abwassertechnische Erschliessung und Löschwasserschutz geht zurück auf den Gemeinderatsbeschluss vom 7. September 2015 und dem Stadtratsbeschluss vom 2. November 2015. Der damals bewilligte Kredit hat knapp Fr. 640'000.-- betragen. Alle geplanten Arbeiten konnten in den letzten Jahren umgesetzt werden. Wie in den Unterlagen ersichtlich, resultieren Minderausgaben in der Höhe von Fr. 15'000.--. Die Gründe für diese Minderausgaben sind in den Vorlagen aufgeführt und darauf wird nicht mehr eingegangen. In der online Sitzungsverwaltung sind keine ergänzenden Fragen vom SR gestellt worden. Auch seitens der GPK wurden im online Tool keine Fragen gestellt. Gemeinderat Rappa Francesco wird dennoch auf die Kritikpunkte, welche im Nachgang der GPK-Sitzung im Protokoll erwähnt wurden, eingehen. Die Kritikpunkte beziehen sich auf die Seite 4 der Stadtratsvorlage. Dabei ging es unter anderem darum, dass verschiedene Positionen aufgezählt sind betreffend den Einsparungen, aber nicht auf alle im Detail eingegangen wurde. Bis dato war es Usus, dass lediglich die grösseren Abweichungen zum Kreditantrag beschrieben werden. Einsparungen in der Höhe zwischen Fr. 1.-- bis 2'000.-- wurden nicht explizit erwähnt oder beschrieben. Hingegen geht man bei Abweichungen um Fr. 10'000.-- natürlich darauf ein. Dazu kommt, dass die Zahlen in den Kreditanträgen eine Genauigkeit von +/- 10 Prozent haben. Basis hierfür ist jeweils der Kostenvoranschlag gemäss SIA. Das heisst in der logischen Konsequenz, dass bereits bei der Genehmigung des Kredites mit einer gewissen Ungenauigkeit gerechnet werden muss. Das Thema Witterungsverhältnisse kann tatsächlich nie Frankengenau beziffert werden. Wenn aber über eine längere Zeit bei Baustellen im Kulturland eine nasse Witterung besteht, kann dies sehr schnell zu aufwändigeren Wiederherstellungsarbeiten und dann auch zu höheren Kosten führen. In diesem Fall war es aber trocken. Deshalb wurde der Posten "Unvorhergesehenes" praktisch nicht beansprucht. Und auch aufgrund der guten Witterungsverhältnissen musste der Posten "Ertragsausfall/Rekultivierung" praktisch nicht belastet werden. Wenn die GPK oder auch der SR künftig detaillierte Begründungen zu den Abweichungen wollen, dann wäre das eine Abkehr zum bisherigen Detaillierungsgrad. Das würde dazu führen, dass wir zum Beispiel schon bei einer Abweichung von Fr. 2'000.-- eine Begründung liefern müssten. Natürlich würde dies auch zu einem Mehraufwand führen. Gemeinderat Rappa Francesco ist der Meinung, dass dies nicht nötig ist. Selbstverständlich steht das Ressort Tiefbau und Werkbetrieb immer zur Verfügung um allfällige Fragen zu beantworten. Der Gemeinderat (GR) beantragt dem SR, die Anträge zu genehmigen und der Kreditabrechnung zuzustimmen.

Seitens des SR werden keine Bemerkungen gemacht.

Abstimmung

1. Die Kreditabrechnung für die abwassertechnische Erschliessung Weierrüti / Haberrütti / Bifang / Grafenscheuren, mit Ausgaben von CHF 503'147.30 und Minderausgaben von CHF 134'852.70, wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat genehmigt die Kreditabrechnung für den Löschwasserschutz Weierrüti / Haberrütti / Bifang / Grafenscheuren mit Bruttoausgaben von CHF 261'587.85, Minderausgaben von brutto CHF 138'412.15 und Nettoausgaben von CHF 239'587.85.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2021-494 | Registratur-Nr. 2.20.2020

Friedhof; Neue Parkierungsanlage Seite Bernstrasse, Ausführungskredit

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass der GR das Friedhofgeschäft nach dem 15. Mai 2017 und 5. Februar 2018 hiermit zum dritten Mal vorlegt. Sicherlich mögen sich die Stadträtinnen und Stadträte, welche bereits 2017 und 2018 dabei waren, daran erinnern. Das nun vorliegende Geschäft wird nun von Gemeinderat Rappa Francesco und nicht mehr vom Ressortleiter Hochbau, Gemeinderat Bucher Theophil, vertreten. Die Gründe sind hierfür offensichtlich. Es geht nicht mehr um Hochbauten. Die Bereiche Strassenbau und Friedhof zeichnen sich allein verantwortlich für die Lösungen bei den Themen Parkierung, Bushaltestelle, Radweg und Fussverkehr. Die Mitarbeitenden und der GR haben sich also nochmals vertieft mit den Problemstellungen befasst. Dabei wurden Ziele formuliert. Die Auflagen der Stadtratsbeschlüsse aus den Jahren 2017 und 2018 hinsichtlich der Kosten müssen einfließen und Rechnung getragen werden. Eine Verbesserung der Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer soll herbeigeführt werden. Die Entflechtung von motorisiertem Individualverkehr und Fussgänger sowie Velofahrer soll umgesetzt werden. Die Verkehrssituation im in Frage stehenden Perimeter muss hinsichtlich Sicherheit klar verbessert werden. Die Bushaltestelle soll behindertengerecht angepasst werden. Auf Exhumierungen soll soweit als möglich verzichtet werden. Für allfällig zu fallenden Bäumen wird ein Ersatz nicht nur geplant, sondern auch zeitnah umgesetzt. Eine Erhöhung der Anzahl Parkplätze inklusive Behindertenparkplätze soll erreicht werden. Wie der SR aus den ausführlichen Unterlagen entnehmen konnte, haben die zuständigen Mitarbeitenden der Baudirektion die Vorgaben soweit als möglich versucht zu erfüllen. Die Parkplatzsituation beim Friedhof Burgdorf ist im Normalbetrieb, was die Anzahl Parkplätze betrifft, genügend erfüllt. Das Problem bei Abdankungen mit mehreren hundert Personen kann vor Ort nicht gelöst werden. Die Stadt Burgdorf hat aufgrund der aktiven Zusammenarbeit zwischen dem Friedhof und den Einwohner- und Sicherheitsdirektion immer eine adäquate Lösung gefunden. Wie man aus den Akten entnehmen konnte, wird man positive Impacts generieren, vor allem hinsichtlich der klaren Erhöhung der Sicherheit für Fussgänger, Velofahrer, Bus, Autofahrer und Behinderte. Im online Tool des SR und der GPK wurden keine Fragen formuliert. Auch hier konnte im Protokoll der GPK entnommen werden, dass es Fragen oder Kritikpunkte gibt. In Frage gestellt wurde auf der Seite 5, dass sowohl eine Position Risikokosten von 15 Prozent als auch eine Position Unvorhergesehenes aufgeführt ist. Man ist der Meinung, dass Kosten für Unvorhergesehenes bereits in den Risikokosten enthalten sind. Beide Positionen gehören eigentlich zusammen und der Betrag Unvorhergesehenes relativ klein ist. Die Position Unvorhergesehenes bezieht sich auf den Friedhofbetrieb. Es ist vorgesehen, dass keine Exhumationen zu erwarten sind, weil sich keine Grabstätten direkt in diesem geplanten Bauperimeter befindet. Man muss jedoch die angrenzenden Angehörigen der Privatgräber über die Bautätigkeit informieren und ihnen die Möglichkeit anbieten, einen anderen Standort auf dem Friedhof zu suchen. Als Beispiel sei die Sanierung der Friedhofmauer erwähnt. Aufgrund der Situation wissen wir Stand heute nicht, ob trotzdem Exhumationen notwendig sein werden. Diese Kosten für Exhumationen, Vorbereitung, neuer Standort und eventuell Anpassung Grabmal würden über das Bauprojekt laufen und sind sehr schlecht zu beziffern. Dazu kommt, dass man in einem Teil einer Freifläche baut, die früher einmal Grabstätten waren. Es ist nicht bekannt, was sich dort im Untergrund befindet. Das sind

die Gründe, warum eine Position Unvorhergesehenes aufgeführt wird. Es ist aber richtig, dass eine Position Unvorhergesehenes in einer Position Risikokosten beziffert wird. Weil es sich hier aber um eine unklare Situation für den Friedhofbetrieb handelt, will man es so stehen lassen wie in der Vorlage. Der SR wird gebeten, den Anträgen des GR zu folgen und den Bauprojekt grünes Licht zu geben. Es stellt eine deutliche Verbesserung zur momentanen Situation dar und kommt den betroffenen Interessengruppen adäquat entgegen.

Stadträtin Vogt Anette, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass dieses Traktandum ziemlich hitzig diskutiert wurde. Bis zum Schluss hat man keine Fraktionsmeinung finden können. Man muss also alles sorgfältig in eine Waagschale legen. Auf der einen Seite der Kredit über Fr. 525'000.-- aus dem Parkplatzfonds. Das ist sehr viel Geld und was bekommt man dafür? Die behindertengerechte Bushaltestelle ist sicher ein positiver Punkt. Ob es im Moment viel bringt für eine Person im Rollstuhl sei dahingestellt. Man weiss ja nicht, wo sie in den Bus einsteigen kann. Zehn unbedeckte Veloparkplätze sind sicher auch unterstützenswert. Man hat die jetzige Situation vor Ort angeschaut. Im Moment sind Veloparkplätze für neun Velos mit Vorderradhalterungen vorhanden, aber in keinem guten Zustand. Der Ort wird mit dem Geld neu gestaltet und aufgeräumt. Gefährliche Verkehrssituationen werden entschärft. So steht es in den Unterlagen und wurde vorhin auch erwähnt. Ob die Situation wirklich so gefährlich war, da gehen die Meinungen in der SP-Fraktion auseinander. Schlussendlich werden vier zusätzliche Autoparkplätze gebaut. Diese zusätzlichen Autoparkplätze lösen das Parkplatzproblem bei grösseren Beerdigungen nicht. Es stellt sich die Frage, ob es sich überhaupt lohnt über eine halbe Million zu investieren für den genannten Mehrwert und ob das Kosten und Nutzen Gleichgewicht sich in etwa die Waage hält. Man ist gespannt auf die Argumente im SR.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, ist erfreut, dass man eine verkehrstechnische sichere, gute und kostengünstige Lösung für die Friedhofparkplatzanlage erarbeitet hat. Man stellt sich die Frage, warum solche Lösungen in der ursprünglichen Projektierung nicht möglich waren. Die GLP-Fraktion begrüsst, dass die Sicherheit der Querung der Bernstrasse beim Knotenpunkt gleichzeitig erhöht wird. Die GLP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Stadtrat Greisler Yves, namens der Mitte-Fraktion, dankt dem GR und der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage. Man ist erfreut, dass die Kritikpunkte aus dem SR zu den vergangenen Friedhofprojekte ernst genommen worden sind und bei der jetzigen Vorlage berücksichtigt wurden. Die neue Parkieranlage trägt mit den nur vier zusätzlichen Parkplätzen sicher nicht zu einer Entspannung der Parkplatzsituation rund um den Friedhof bei Abdankungen bei. Die Kosten von fast Fr. 13'000.-- pro Parkplatz erachtet man zwar immer noch als relativ hoch. Zumindest hat man jedoch auf die Überdachung der Veloabstellplätze verzichtet. Wichtiger erscheint jedoch die Tatsache, dass die Sicherheit für den Langsamverkehr, sprich die Fussgänger und Velofahrer, verbessert wird. Dies einerseits bei der Querung der Bernstrasse und im Bereich des Veloweges entlang des Friedhofes. Andererseits durch die Neugestaltung und Anpassung im Bereich der Bushaltestelle, so dass diese barrierefrei ausgestattet wird. Weiter wird die vorausschauende Planung begrüsst, um unabhängig eines künftigen Entscheides für eine allfällige Parkplatzbewirtschaftung gerüstet ist. Es ist auch erfreulich, dass vielfältige Massnahmen im Bereich der Klimaforce vorgesehen sind. Die Kosten sind in der MIP enthalten und es entstehen gegenüber der Finanzplanung keine Mehrkosten. Zu guter Letzt, ein wichtiges Argument für die Mitte-Fraktion ist, dass es zu keinen geplanten Exhumationen kommt und die Totenruhe nicht gestört wird. Die Mitte-Fraktion wird deshalb dem Antrag des GR Folge leisten und dem Ausführungskredit zustimmen.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass die Position der Grünen grundsätzlich bekannt ist. Man ist für den Langsamverkehr und die Entflechtung zwischen

Langsamverkehr und Schnellverkehr. In dieser Vorlage ist es leider nicht ganz so einfach. Es wird wahrscheinlich mit der Zeit eine bizarre Diskussion, weil der Standort bekannt ist. Stadtrat Hedinger Christian fährt dort täglich zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten vorbei. Es hat dort nicht nur Velofahrer, es hat auch Fussgänger mit und ohne Hunde. Dort fährt aber niemand mit 45 Stundenkilometer vorbei, was man mit einem E-Bike auch gar nicht darf. Man muss dort langsam mit dem Velo fahren. Das Gefährlichste an der ganzen Strecke ist die Überquerung vom Veloweg über die Bernstrasse, weil eine Linie fehlt. Man merkt gar nicht, wann man auf der Strasse fährt. Dieses Problem kann einfach gelöst werden, indem man eine entsprechende Markierung am Boden macht. Das grosse Problem an dieser Stelle, vor allem bei Abdankungen, ist die Brücke über die Eisenbahnlinie. Dort hat es zum Teil viele Autos und Personen, deshalb muss dort langsam gefahren werden. Das Problem der Sicherheitslage für die Velofahrer ist gar nicht so tragisch. Aus diesem Grund hat die Grünen-Fraktion abgewogen und ist der Meinung, dass sich Kosten und Nutzen nicht im Gleichgewicht halten. Die Grünen-Fraktion wird den Antrag des GR ablehnen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass man im SR nicht das erste Mal über den Friedhofparkplatz diskutiert. Über das vorliegende Projekt, über das der SR heute befindet und das Projekt, das der SR im Jahr 2018 richtigerweise abgelehnt hat, sind nicht vergleichbar. Im 2018 ging es nicht nur um Parkplätze, sondern auch um weitere Infrastrukturen. Dieses Thema fliesst jetzt aber in die gesamte Verwaltungsraumplanung der Stadt Burgdorf. Die SVP- und EDU-Fraktion ist der Meinung, dass das vorliegende Projekt gut ausgearbeitet ist und aufzeigt, was an diesem Ort vertrag- und vertretbar für das Gesamtbild Friedhof ist. In verschiedenen Bereichen gibt es eine Verbesserung, sei es im Provisorium stecken gebliebenen Bushaltestelle, welche behindertengerecht ist, im Bereich Radweg, wo die Sicherheit der verschiedenen Verkehrsteilnehmende erheblich verbessert wird und bei der Anzahl Parkplätze, die leicht zunimmt. Die Zunahme der Parkplätze reicht gemäss Aussage von Gemeinderat Rappa Francesco für den Tagesbetrieb. Last but not least die Finanzen. Das Geld kommt aus dem Parkplatzfonds und wird den allgemeinen Haushalt nicht belasten. Die SVP- und EDU-Fraktion wird der Vorlage grossmehrheitlich zustimmen. Es ist eine pragmatische Lösung, die machbares und bezahlbares umsetzt.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man in den Jahren 2017 und 2018 das damalige Geschäft vehement vertreten. Im Nachhinein ist man sehr froh, dass es der SR abgelehnt hat. Die jetzige Variante ist nicht vergleichbar mit dem Volumen von damals. Die heutige Variante ist eine befriedigende und kreative Lösung. Die EVP-Fraktion wird dem Kredit zustimmen.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, wenn man die Anträge auf zwei Zahlen reduziert, eine halbe Million Franken für vier Parkplätze, würde man sagen das ist nicht verhältnismässig und müsste eigentlich abgelehnt werden. Wie bereits gesagt wurde, ist im Projekt viel mehr enthalten als die Parkplätze. Wie in den Jahren 2017 und 2018 als das Projekt abgelehnt wurde, hat man auch gesagt, dass der Friedhof doch auch ein Ort ist von Würde, Trauer und der Ruhe. Der Friedhof ist eine Visitenkarte von Burgdorf. Deshalb ist der Betrag gerechtfertigt. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des GR zustimmen.

Abstimmung

1. Das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag Stand Mai 2021 wird genehmigt
2. Der Stadtrat stimmt dem notwendigen Bau-/Ausführungskredit zu.
3. Die Finanzierung des Bauprojektes „Neue Parkierungsanlage Seite Bernstrasse“ in der Höhe von CHF 525'000.00 aus dem Parkplatzfonds wird zugestimmt (Sachgruppen-Nr. 5010.04 Parkplätze, Kostenstellen-Nr. 3210.5010.07 Ausführung Parkierungsanlage Friedhof).
4. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 23 Ja und 11 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Anträge.

SRB: 2021-495 | Registratur-Nr. 2.24.2400.20

Sanierung Altstadt- und Weihnachtsbeleuchtung; Ausführungskredit

Verhandlung

Stadratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass er jetzt 55 Jahre alt ist. Die Zeit vergeht wahnsinnig schnell und je älter man wird umso schneller vergeht sie. Sie läuft einem schon fast davon. Man bekommt sukzessive Beschwerden und muss feststellen, dass man nicht mehr alles in eigenen Händen hält, um korrigierend einzuwirken. So geht es auch der Altstadt- und Weihnachtsbeleuchtung. Diese Beleuchtung ist sage und schreibe 60 Jahre alt. Der SR ist sich sicherlich bewusst, wie schlecht der Zustand ist. Die Beleuchtung ist gelinde gesagt ein Hohn. Auch das Thema Sicherheit kann im Altstadtperimeter definitiv als ungenügend taxiert werden. Der Energieverbrauch ist weit weg von gut und bö. Ersatzteile sind keine mehr erhältlich. Auch die jährlich wiederkehrenden Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung sind völlig unverhältnismässig. Ohne Sponsoring der Burgergemeinde würden die Kosten noch viel höher ausfallen. Das sind einige Gründe welche dazu führten, dass der GR im Oktober 2019 der Baudirektion im Allgemeinen und dem Ressort Tiefbau und Werkbetrieb im Speziellen einen klaren Auftrag erteilt hat. Den Auftrag für ein Beleuchtungssanierungsprojekt in der Altstadt. Ganz klar definiert auf den Altstadtperimeter. Damit verbunden den Ersatz der maroden und kostspieligen Weihnachtsbeleuchtung. Als ehemaliger Präsident des Altstadtleistes hat Gemeinderat Rappa Francesco, wie auch sein damaliger Nachfolger in diesem Amt, Stadtpräsident Berger Stefan, schon vor Jahren versucht mit der Stadt Burgdorf die Sanierung in Angriff zu nehmen. Ursprünglich haben die Beleuchtungen die Quartierleiste übernommen. Das war in der Altstadt von Burgdorf ebenfalls so. Man hatte ein Kornhausleist, wie auch ein Altstadtleist. Diese haben fusioniert und die Beleuchtung in Angriff genommen. Danach hat man es an Pro Burgdorf übergeben. Schlussendlich ist es von Pro Burgdorf bei der Stadt Burgdorf gelandet. Jetzt können wir nachholen, korrigieren und anpassen, was vielleicht unsere Vorgängerinnen und Vorgänger nicht in Angriff genommen haben. Das Sanierungsprojekt liegt nun vor. Das Ziel des Gesamtgemeinderates ist, dass wir uns alle gemeinsam per Ende 2022 über eine neue, zeitgerechte, ökologische und den heutigen Sicherheitsbedürfnissen entsprechende Beleuchtung in der Altstadt freuen können. Um es vorweg zu nehmen, eine Aufteilung des Geschäftes hinsichtlich der Alltags- respektive Nachtbeleuchtung sowie der

Weihnachtsbeleuchtung macht schlichtweg keinen Sinn. Wie schon erwähnt, gehen die Ersatzteile aus. Die jährlich wiederkehrenden Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung belaufen sich, defensiv gerechnet, auf rund Fr. 40'000.--. Im online Tool des SR sind einige Fragen formuliert worden. Diese wurden beantwortet. Gemeinderat Rappa Francesco geht davon aus, dass alle Mitglieder des SR die Fragen und Antworten in der online Sitzungsverwaltung gesehen und gelesen haben. Die Aktennotiz des Fraktionentreffen hat Gemeinderat Rappa Francesco gelesen und möchte daher die Sitzung nicht unnötig verlängern. Der GR bittet den SR den Anträgen zuzustimmen und dem Bauprojekt grünes Licht zu geben. Es stellt eine deutliche Verbesserung der momentanen Situation in allen erwähnten Bereichen dar. Man ist gespannt auf die Debatte im SR.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Fraktionen der FDP, die Mitte, der SVP und EDU einen Rückweisungsantrag stellen. Der Grundsatz der Altstadt- und Weihnachtsbeleuchtung ist für die bürgerlichen Fraktionen unbestritten. Jedoch wird das vorliegende Traktandum aus diversen Gründen abgelehnt wie zu hohe Kosten, fehlende Drittmittel, ungenügender fachlicher Miteinbezug von Organisationen und die optisch ungenügende Gestaltung. Die Gründe der Rückweisung werden im Rahmen der nachfolgenden Kommentare durch die einzelnen Fraktionen noch genauer ausformuliert. Die FDP-Fraktion begrüsst den geleisteten Effort der Stadt Burgdorf, um die Altstadt in ein möglichst gutes Licht zu rücken. Solche Sachen können ohne Zweifel eine grosse Wirkung erzielen. Die Herangehensweise und die Ideen, die in das Vorhaben eingeflossen sind, sind in weiten Teilen gut. Es wird sofort klar, dass man sich vertieft und weitsichtig mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Drei Sachen sind der FDP-Fraktion bei der Bearbeitung des Geschäftes stark ins Auge gestochen. Zu einem die Kosten und zum andern die Frage nach der Notwendigkeit. Wortwörtlich ins Auge gestochen ist die Gestaltung. Es ist klar, dass ein solches Vorhaben viel Geld verschlingt, da verschiedene Gewerbe beteiligt sind und die Anforderungen hoch sind. Die Kosten bei einem solchen Vorhaben könnte man nur durch den Verzicht minimieren. Das Vorhaben sollte aus Sicht der FDP-Fraktion entsprechend abgespeckt werden. Zum Beispiel mit mehr Effektleuchten als nötig und den Betrachtungsperimeter müsste aus Kostengründen überdenkt werden. Dass gewisse Leuchten ihre Lebensdauer wohl überschritten haben, ist nachvollziehbar. Dass aber die gesamte Beleuchtung im Betrachtungsperimeter in einem solchen schlechten Zustand ist, kann man sich nicht vorstellen. Somit wird ein Grossteil der Lampen wohl nur aus ästhetischen Gründen ersetzt. Da stellt sich jedoch die Frage nach der Notwendigkeit. Im Vorfeld zu dieser Sitzung ist Stadtrat Grimm Jürg mit google Streetview durch diverse Altstädte der Schweiz gelaufen wie Biel, Thun, Bern, Solothurn, Basel, Aarau, Murten, St. Gallen, Zug, Zürich, Lausanne. In allen Altstädten, bis auf Winterthur und Baden, zeigt sich kein einheitliches Bild der Beleuchtung. Burgdorf steht also im Vergleich gar nicht so schlecht da. Die Gestaltung liegt nicht in der Kompetenz des SR. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist der Gestaltung der Leuchten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Wenn man die Teilnehmerliste der Bemusterung anschaut, sucht man vergeblich nach Fachpersonen, die in ihrer Funktion die Leuchten aus einem rein gestalterischen Gesichtspunkt betrachten. Persönlich findet Stadtrat Grimm Jürg, dass man dies dem Resultat deutlich anmerkt. Die vorgeschlagenen Leuchten sind weder Fisch noch Vogel. Eine gewisse historische Anlehnung in einer reduzierten Formensprache. Es ist ein unförmiger und schlechter Kompromiss entstanden. Die vorliegende Weihnachtsbeleuchtung kann nicht überzeugen. Die ausgesuchte Weihnachtsbeleuchtung erinnert an ein Shoppingcenter und mutet sehr kommerziell an. Wirft man einen Blick auf die Altstadt nach Bern sieht man den Kontrast deutlich. Der obere Teil der Altstadt, wo die grossen Ladenketten ansässig sind, werden in der Weihnachtszeit mit einer ähnlichen Beleuchtung, wie hier vorgeschlagen, beleuchtet. Im unteren Teil bei der Zytglogge abwärts, wo sich die kleineren Läden, Kaffees und Restaurants befinden, setzt man auf die klassischen Tannenbäume mit Lichterketten. Die meisten, die in der Weihnachtszeit einmal quer durch Bern gelaufen sind, stimmen zu, dass die Tannenbäume passender und stimmungsvoller sind. Im online Tool konnte man lesen, dass sich die jetzigen Kosten für die Montage und Demontage auf Fr. 35'000.--

belaufen. Das ist aus Sicht der FDP-Fraktion nicht nachvollziehbar hoch. In einem Bericht der Berner Zeitung BZ über die Weihnachtsbeleuchtung in der Stadt Bern konnte man entnehmen, dass sich die Kosten für die Montage und Demontage, Entsorgung, Stromkosten und Tannenbäume auf Fr. 20'000.- pro Jahr belaufen. In Bern sind es mit 130 Bäume zwar etwas weniger als in Burgdorf. Man muss bedenken, dass in Burgdorf die Tannenbäume von der Burgergemeinde übernommen werden. Die Kosten sind in Burgdorf deshalb fast doppelt so hoch. Diese Kosten sollte man noch deutlich reduzieren können, bevor man dem Kommerz verfällt. Das vorliegende Projekt beinhaltet sicherlich gute Ansätze, aber kann aus den vorher genannten Gründen als Gesamtes nicht überzeugen. Deshalb wird die FDP-Fraktion dem Kredit nicht zustimmen und stellt den Rückweisungsantrag. Sicher lässt sich über den Zustand, die Notwendigkeit und Gestaltung streiten. Man kann es auch nicht allen recht machen. Unter dem Strich spricht man aber von 1.84 Mio. Franken, was für Burgdorf viel Geld ist. Aus Sicht der FDP-Fraktion sollten Investitionen in solcher Höhe und gerade bei einem solchen Thema Vorfreude auslösen und Emotionen wecken. Deshalb die Frage an den SR, ob jemand beim vorliegenden Vorschlag Freude verspürt hat.

Stadträtin Marti Debra, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Beleuchtung der Altstadt mit 60 Jahren definitiv in die Jahre gekommen ist. Deshalb ist es auch nachvollziehbar, dass sie möglichst nachhaltig und zeitnah erneuert werden muss. Natürlich scheint der Betrag auf den ersten Blick sehr hoch. Man muss aber bedenken, dass auch alle alten Leitungen ersetzt werden, was zu erheblichen Energieeinsparungen führen wird. So sieht die Situation wieder anders aus. Es werden ziemlich viele Meter alte Leitungen ersetzt, was die hohen Kosten rechtfertigt, besonders wenn man das Alter der bestehenden Leitungen der aktuellen Beleuchtung anschaut. Als Anwohnerin der Altstadt begrüsst Stadträtin Marti Debra die Möglichkeit, dass das Licht auch gedimmt werden kann. Die Lampen scheinen zum Teil direkt in die Wohnungen, die wohl aus Denkmalschutz keine Fellläden haben. Das macht die Nachtverdunkelung für Wohnungen, die zum Beispiel vollständig zur Schmiedengasse ausgerichtet sind, ziemlich schwierig. Auch wenn die aufgehängten Prototypen nicht wahnsinnig ästhetisch sind, muss dem Umstand, dass eine 60-jährige Beleuchtung nicht mehr zeitgemäss und energieeffizient ist, mehr Gewicht gegeben werden. Im online Tool sind diverse Fragen aufgeworfen worden, die sich die SP-Fraktion auch gestellt hat. Die Fragen wurden ausführlich und vollständig von Gemeinderat Rappa Francesco beantwortet. Einzig der Punkt mit der Abschreibungsdauer ist doch sehr lang gewählt und man würde es begrüßen, wenn der Punkt noch überarbeitet werden könnte. Aus der Antwort des GR ist nicht klar, wie sich der Mittelweg von 40 Jahren ergibt, da nur dieser sowie tiefere Werte als Referenzwerte angegeben wurden. Über die Notwendigkeit der Weihnachtsbeleuchtung lässt sich sicher streiten, aber so kurz vor Weihnachten freut man sich schon wieder auf die schönen Sterne auf dem Kronenplatz. Man hofft, dass die neue Weihnachtsbeleuchtung eine schöne Ergänzung zu der stimmigen Beleuchtung sein wird, die der Kronenplatz in einen noch friedlicheren Platz als sonst verwandelt. Die SP-Fraktion wird deshalb dem Ausführungskredit zustimmen.

Stadtrat Jenni Josef Timoteo, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass eine zeitgemässe Beleuchtung der Altstadt angemessen ist. Dass die Elektroinstallation nach über 50 Jahren in die Jahre gekommen ist, ist klar. Es wertet die Altstadt für die Touristen und Bewohner zusätzlich auf. Die EVP-Fraktion befürwortet natürlich auch, dass die Beleuchtung einem hohen energetischen Standard entspricht. Man hofft, dass man im nächsten Jahr am Adventsmarkt die neue Beleuchtung bewundern kann. Die EVP-Fraktion stimmt dem Ausführungskredit zu.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass man sich bewusst ist, dass die Altstadtbeleuchtung nach rund 60 Jahren in Betrieb an ihr Lebensende gekommen ist und ersetzt werden muss. Die SVP- und EDU-Fraktion begrüsst aufgrund der erhöhten Sicherheit eine neue

Alltagsbeleuchtung. Die SVP- und EDU-Fraktion hat mit Sicht auf die Ziele der Klimaforce verschiedene Fragen. Diese wurden im online Tool erfasst und können nachgelesen werden. Die Fragen wurden auch beantwortet. Wissenschaftliche Berichte zeigen, dass helle Beleuchtungen insbesondere für Insekten ein grosses Problem darstellen. Deshalb ist die Überlegung, die Beleuchtung an einen Baum zu hängen, bedenklich. Man kann auch nicht nachvollziehen, warum ähnliche Beleuchtungselemente in der Marktlaube zu Vandalismus führen können, die an Weihnachten erinnern sollen, aber an anderen Standorten die Gefahren und Bedenken nicht vorkommen. Man begrüsst, dass die dunkeln Ecken bezüglich Sicherheitsgefühl ausgeleuchtet werden. Man hat jedoch Bedenken gegenüber der Art und Weise. Eine kurze Umfrage in der Fraktion und im privaten Umfeld haben ergeben, dass beim Thema Weihnachtsbeleuchtung in der Altstadt alle an die Sternissage auf dem Kronenplatz denken und sich im ersten Moment niemand an die anderen weiteren hängenden Elemente erinnert. Die Weihnachtsbeleuchtung ist ein emotionales Thema. Als SVP- und EDU-Fraktion ist man der Meinung, dass sich der SR die Frage stellen muss, ob eine Weihnachtsbeleuchtung im klassischen Sinn heute noch zeitgemäss ist. Ist es heute aus ökonomisch und ökologischer Sicht noch vertretbar, wenn Ressourcen für Leuchtmittel, Unterhalt und weiteres für vier Wochen im Jahr aufzuhängen. Bei dieser Gelegenheit wird erwähnt, dass die Sternissage als Hauptelement der Weihnachtsbeleuchtung bestehen bleibt und von diesem Geschäft nicht betroffen ist. Leider hat der SR bei diesem Geschäft nicht die Gelegenheit sich Gedanken darüber zu machen und zu diskutieren, ob eine Weihnachtsbeleuchtung noch gewünscht wird. Wie bereits erwähnt, sieht die SVP- und EDU-Fraktion die Notwendigkeit der neuen Alltagsbeleuchtung in der Altstadt. Es sind aber noch viel zu viele Fragen offen. Darum wird das Geschäft zurückgewiesen. Man hofft auf Antworten zu den offenen Fragen und einem angepassten Vorschlag. Im vorliegenden Geschäft ist zu viel unklar und es wird sprichwörtlich die Katze im Sack gekauft. Bei den vorgesehenen 1.8 Mio. Franken sogar ein grosser "Moudi".

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man froh ist, dass dieses Geschäft endlich im SR traktandiert ist. Stadtrat Merz Adrian hat sich bereits vor rund 15 bis 20 Jahren auf der Bühne lustig darüber gemacht, dass Burgdorf seine wunderschöne Altstadt beleuchtet wie ein mittleres Bahnhofs-WC. Allerdings ist man mit der Vorlage nicht ganz glücklich. An dieser Stelle werden die ausführlichen Antworten von Gemeinderat Rappa Francesco im online Tool verdankt. Damit konnten viele Fragen und Unklarheiten teilweise zur Zufriedenheit beantwortet werden. Es bestehen aber immer noch Unklarheiten. Zum Beispiel um welchen Leuchtkörper es sich nun handelt. Als Antwort steht, dass es im Protokoll in den Grundlageakten ersichtlich ist. In der Aktennotiz in den Grundlageakten steht jedoch unter Zusammenfassung bei den Entscheiden, dass optisch der Typ 1 besser gefällt, dieser müsste aber mit Modifikationen versehen werden. Unter einem Entscheid versteht man jedoch etwas anderes. Ebenfalls bestehen auch noch Unklarheiten betreffend der Beleuchtung in der Marktlaube. Es haben sich weitere offene Fragen gestellt. Zum Beispiel, warum der Fachausschuss Bau- und Aussenraumgestaltung nicht einbezogen wurde. Schliesslich ist eine Beleuchtung nicht nur eine technische Frage, sondern auch eine gestalterische. Man hat gehört, dass der Friedhof eine Visitenkarte von Burgdorf ist. Deshalb ist man der Meinung, wenn man schon die Jugendherberge auf dem Schloss hat, ist der Eingang zur Altstadt vielleicht noch eine etwas wichtigere Visitenkarte. Eine weitere Frage ist, warum der Hofstattplatz wie eine Strasse beleuchtet wird und nicht wie ein Platz. Die Beleuchtung in der Unterstadt ist zwar sehr hübsch und man fragt sich, warum es nur dort ist. Handelt es sich um ein Gesamtkonzept, dass man nur ein Eingangstor in Burgdorf hat? Die Beleuchtung sollte in einem Gesamtkonzept erfolgen. Bei all diesen Unklarheiten stellt sich die Frage, ist das Projekt wirklich detailliert genug, um einem Generalunternehmen den Auftrag zu erteilen. Die Grünen-Fraktion hat ausführlich über das Geschäft diskutiert und wird schweren Herzens grossmehrheitlich dem Antrag des GR zustimmen. Eine Rückweisung ist nicht unbedingt sinnvoll, weil es wohl nicht besser wird. Der SR kann nicht jeden Punkt des Projektes detailliert behandeln. Ein so

grosses Projekt kann man bestimmt nicht allen Bürgern und Stadträten recht machen. Die Grünen-Fraktion wird dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man im Vorfeld über die Vorlage nicht berauscht war, weil diverse offene Fragen im Raum standen, vor allem betreffend Anwohner, Interessenshalter, Einsparungen, Energie und Abschreibedauer. Andere Punkte wurden zudem von den Vorrednern erwähnt. Die Fragen konnten mehrheitlich über das online Tool geklärt werden. Das angeschlagene Preisetikett scheint hoch zu sein. Wenn man jedoch eine vielfältige und valable Beleuchtung für den vorgesehenen Perimeter will, inklusive allen nötigen Arbeiten, dann kommt es doch in etwa auf diesen Betrag. Man ist jedoch überzeugt, genau jetzt, wo die Oberstadt wieder belebter wird, nach Corona und mit dem neu bewohnten Schloss Burgdorf, ist eine heimelige und fancy Beleuchtung auf dem neusten technischen Stand essentiell. Und zudem für eine weitergehende positive Eigendynamik in der Oberstadt, wo sich die Leute wohl fühlen und auch über die Oberstadt hinaus in Burgdorf ausstrahlt, wichtig. Dies natürlich nur im übertragenen Sinn, weil man die Empfehlungen des BAFU zur Lichtverschmutzung schliesslich nicht vergessen will. Die GLP-Fraktion vertraut dem GR für eine saubere Umsetzung, insbesondere das Konstrukt mit dem Lichtplan als GPL und GU für alle anderen Arbeiten findet man passend und zielführend. Man erwartet jedoch, dass die offenen Fragen, zum Beispiel von Seiten Pro Burgdorf noch geklärt werden und alle Stakeholder adäquat einbezogen werden. Dies allenfalls mit minimen Projektanpassungen. Zudem bittet man bei den kommenden Ausschreibungen auf Projekt- und Personenreferenzen ein ausgeprägtes Augenmerk zu legen, so dass die Risiken bei der Ausführung minimiert werden. Die GLP-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass die Haltung von Stadtrat Jenni Josef Timoteo mitgeteilt wurde. Man hat sich via Whatsapp kurzgeschlossen, weil verschiedene vorgebrachte Argumente einleuchtend sind, die man nicht bedenkt hat bei der Vorbereitung zum Geschäft. Deshalb hat die EVP-Fraktion kurzfristig Stimmfreigabe beschlossen.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass man versucht hat die Notwendigkeit aufzuzeigen. Man bekommt keine Ersatzteile mehr und es wird immer wie schlimmer. Mit Neonröhren zu arbeiten, ist wohl nicht im Sinn der Sache. Bei der Gestaltung hat man eine grundsätzliche Auflage. Deshalb wurde auch die Denkmalpflege miteinbezogen. Die Denkmalpflege hat auch Auflagen betreffend den Beleuchtungskörper gemacht. Bei den Kosten muss bedacht werden, dass man ein Beleuchtungskörper wählen musste, mit dem die Denkmalpflege einverstanden war. Bei der Gestaltung gibt es immer verschiedene Meinungen. In der Begleitgruppe des Altstadtleistes war ein Architekt, von Siebenthal Res, und er hat es ganz anders betrachtet. Emotionen sind immer im Raum und am Schluss ist es eine Frage des Geschmacks. Die Abschreibungsdauer wird nochmals mit der Finanzdirektion abgeklärt. Die Beleuchtung der Marktlaube ist noch in Bearbeitung und ist noch nicht definiert, was dort eingesetzt wird. Man hat bereits etwas angeschaut, aber alle Beteiligten waren klar der Meinung, dass man dort nochmals über die Bücher muss. Das wird nun auch gemacht. Das betrifft auch noch die Finanzdirektion, weil es die Immobilien betrifft. In der Alltagsbeleuchtung ist der Lichtkörper für die Weihnachtsbeleuchtung integriert. Man muss deshalb keine zusätzlichen Aufwendungen betreiben. Diese Details kann man noch anschauen. Die Stakeholder waren von Anfang an miteinbezogen. Die Liste ist in den Unterlagen ersichtlich. Es können nicht alle Mitglieder von Pro Burgdorf oder des Altstadtleistes miteinbezogen werden. Die beiden Leiste werden das Projekt weiterhin begleiten. Die Denkmalpflege gibt die Vorgaben vor. Die möglichen Leuchtkörper hat man versucht zu kanalisieren, damit die Kosten nicht ausufern. Die Beleuchtungskörper hat man in der Oberstadt aufgehängt, um zu sehen wie sie aussehen. Gewisse Auflagen sind da und man konnte sich einigen. Ein paar Details müssen noch gelöst werden. Wenn man jetzt nichts macht, hat man ein

Problem, weil am Schluss die nötigen Ersatzteile nicht mehr erhältlich sind. Dann sähe die Altstadt weniger gut aus und wäre keine gute Visitenkarte.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass gesagt wurde, dass Pro Burgdorf einbezogen wurde. Was man in Erfahrung bringen konnte ist, dass Punkte vorhanden sind, die für Pro Burgdorf unbefriedigend sind. Einerseits ist die Beleuchtung der langen Treppe nicht zufriedenstellend sowie die Stromzufuhr am Markttag ist teilweise ein bisschen mühsam. Dies soll in diesem Zusammenhang verbessert werden.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass die erwähnte Stromzufuhr bereits beantwortet wurde. Wenn das Projekt umgesetzt werden kann, werden diese Themen ebenfalls einfließen. Das hat einfach zur Folge, dass an diversen Orten die Leitungen ersetzt werden müssen. Das macht auch zum Teil die Mehrkosten aus. Die Stromzufuhr an den Märkten wird künftig optimiert. Die Pflasterung muss zu gegebener Zeit auch noch gemacht werden. Über die Aussage in Zusammenhang mit Pro Burgdorf ist man erstaunt, weil die lange Treppe ein Thema ist, wie die Marktlaube auch, die man nochmals diskutiert. Die vorgeschlagene Lösung war nicht befriedigend. Die lange Treppe soll sicherer werden. Zudem hat sie nur einen Handlauf. Dieser Umstand wird auch einfließen. Die lange Treppe entspricht unabhängig der Beleuchtung nicht den Sicherheitsvorschriften. Die Bedenken von Pro Burgdorf in Zusammenhang mit den Schaufenstern wurden bei der Besichtigung auch diskutiert. Mit den neuen Lampen kann man das steuern. Heute leuchtet es tatsächlich den Anwohnern in die Wohnung. Das kann in Zukunft ebenfalls gesteuert werden. Die Lampen können nicht nur gedimmt, sondern auch entsprechend ausgerichtet werden. Man hat ziemlich viele Möglichkeiten, aber man ist eingeschränkt bei den Lampenmitteln, die auch noch denkmalpflegerisch verheben.

Stadtrat Grimm Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man den Zustand nicht bestreiten will, dass gewisse Teile in einem schlechten Zustand sind. Es kann nicht sein, dass wirklich alles in einem derat schlechten Zustand ist. Man sieht das Dilemma, wenn man irgendwo Lampen ersetzen muss, dass man eine gesamthafte Lösung umsetzen will. Es stellt sich jedoch die Frage, ob wir uns das leisten können. Es wird bezweifelt, dass dieser Perimeter mit neuen Lampen ausgerüstet werden muss. Bei der Gestaltung kann man nicht sagen es ist architektonisch abgeklärt, weil ein Architekt dabei war. Ein Architekt ist nicht gestalterisch ausgebildet. Die Denkmalpflege macht nicht gestalterische Vorschläge, sondern sie prüfen, ob es vertretbar und verträglich ist. Man hätte deshalb von den Ressourcen des Fachausschusses profitieren sollen. Man kann sich eine zeitgemässe, aber auch historische Lampe vorstellen, aber nicht ein solcher schlechter Kompromiss. Der SR wird gebeten, den Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass das Geschäft 1.8 Mio. Franken umfasst. Das Geschäft ist noch nicht entscheidungsreif vorbereitet, wie aus den diversen Voten hervorgeht. Der Rückweisungsantrag wird bekundet. Man will eine neue Beleuchtung, aber nicht in diesem Umfang und sie muss neu überdenkt werden.

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin informiert über das Vorgehen bei der Abstimmung. Zuerst wird über den Rückweisungsantrag abgestimmt. Falls dieser abgelehnt wird, wird im Anschluss über die Anträge auf der Seite 6 abgestimmt.

Abstimmung

Rückweisungsantrag FDP, die Mitte, SVP und EDU

Beschluss

Der Stadtrat lehnt mit 17 Ja und 18 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Rückweisungsantrag ab.

Abstimmung

1. Das Projekt „Sanierung Altstadt- und Weihnachtsbeleuchtung“ mit Gesamtausgaben von 1'840'000.00 Franken wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit in der Höhe von 1'840'000.00 Franken genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5010.02 Öffentliche Beleuchtung, Kostenstellen-Nr. 2400.5010.15 Sanierung Altstadt- und Weihnachtsbeleuchtung).
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 20 Ja und 14 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen die Anträge.

SRB: 2021-496 | Registratur-Nr. 7.70.7000.20

Jahresrechnung 2021 - Nachkredit PG 52 Freizeit

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass im vorliegenden Bericht aufgezeigt wird, wie die finanzielle Situation der REZE im Allgemeinen seit Betriebsbeginn und im Speziellen, wie sie sich von 2013 bis 2020 verändert hat. Eine stetige Verbesserung ist klar feststellbar. Die vorübergehende Schliessung der REZE von acht Wochen hat zu grossen Einbussen geführt. Die Defizitübernahme ist jeweils in der Produktgruppe 52 der Bildungsdirektion vorgesehen, weil sie auch dort budgetiert wird. Der Abschluss der REZE ist immer am 31.3. des jeweiligen Jahres. Auf der Seite 6 in der Vorlage ist ersichtlich, wie sich der Verwaltungsrat dazu äussert, nämlich ein Jahr zum Vergessen. Das ist uns allen sicher bewusst. Das Resultat, der Verlust vor Abschreibungen beträgt Fr. 62'000.-- gegenüber dem Gewinn, ebenfalls vor Abschreibungen, vom Vorjahr ergibt eine Differenz von Fr. 166'000.--. Im Budget 2021 wurde ein Defizit von Fr. 320'000.-- ausgewiesen. Es sind aber über Fr. 460'000.-- entstanden. Das ergibt ein höheres Defizit von rund Fr. 140'000.--. Nachtragskredite über Fr. 100'000.-- müssen im Einzelfall pro Produktgruppe gemäss NPM-Reglement dem SR vorgelegt werden. Man geht davon aus, dass wahrscheinlich die Fr. 100'000.-- nicht überschritten werden, aber man spricht im Moment von Fr. 140'000.--. Es gibt voraussichtlich gewisse Kompensationsmöglichkeiten. Da der Abschluss 2021 erst im nächsten Jahr im März erfolgt, hat die Hauptaktionärin, die Stadt Burgdorf mit 80 Prozent der Aktien, unter Vorbehalt der heutigen Annahme des Nachtragskredites, das Defizit genehmigt. Die Rechtssituation ist auf der Seite 7 geschildert. Bei Ablehnung durch den SR würde der GR bis maximal

Fr. 100'000.-- in eigener Kompetenz bewilligen und der Rest müsste in der Rechnung 2021 begründet werden. Der SR wird gebeten, den Nachtragskredit zu genehmigen. Im online Tool wurde eine Frage gestellt, ob weitere städtische Institutionen mit solchen Forderungen kommen. Die Antwort hat Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, verfasst. Man kennt im Moment keine. Die Markthalle hat ihre Ansprüche bereits vor Monaten deponiert.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass den Beteiligten im Rat seit der Abstimmung im 2008 bewusst war, dass die REZE immer eine Belastung für die Stadtfinanzen sein wird. Die Stadt Burgdorf hat sich entschieden, ein neues Eissportzentrum zu bauen und auch zu betreiben. Wenn solche Geschäfte in Zukunft im Rat traktandiert werden, muss sich die Stadt Burgdorf auch überlegen, ob sie alleine ein solches Angebot erstellen und betreiben will. Vielleicht muss man zukünftig bei solchen Geschäften an die folgenden laufenden Kosten denken und die entsprechenden Vorschläge der Finanzierung im Vorfeld einbringen und diskutieren. Genug vom Mahnfinger. Erfreulich ist, dass mit dem REZE vielen Eissportvereinen eine Trainings- und Spielgelegenheit in der Region geboten werden kann. Die Belegung ist hoch und zeigt, dass durchaus der Bedarf an solchen Anlagen in der Region vorhanden ist. Die Abweichung, die vor allem aufgrund der Covid-Situation aufgetreten ist, kann nicht dem Betrieb der REZE zur Last gelegt werden. Den Mitarbeitenden der REZE spricht man auch für die herausfordernde Zeit den Dank aus. Die SP-Fraktion wird dem Nachtragskredit zustimmen.

Abstimmung

1. Der Stadtrat nimmt vom vorliegenden Bericht Kenntnis.
2. Der Stadtrat genehmigt im Globalkredit der PG 52 Freizeit einen Nachkredit zum Budget 2021 von CHF 140'000.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2021-497 | Registratur-Nr. 7.70.7000.10

Budget 2022 und Aufgaben-/Finanzplan 2023-2025

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Als Auskunftsperson ist Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, anwesend.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK am 21. Oktober 2021 an der ordentlichen Sitzung das Budget eingehend beraten hat. Als Auskunftspersonen standen Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice und Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, zur Verfügung. Die GPK bedankt sich für die geleistete Arbeit, die für den ganzen Prozess, aber auch für die daraus resultierenden und vorliegenden Dokumente. Insbesondere für den nochmals verbesserten Kompass. Auch wurden die an der GPK-Sitzung vorgebrachten materiellen redaktionellen Anpassungsvorschläge umgesetzt. Die Lesbarkeit der Dokumente ist nochmals höher. Es ist generell nicht die Aufgabe der GPK das Geschäft politisch zu beurteilen, sondern nur festzustellen und zu prüfen. Dazu werden einige Bemerkungen gemacht. Was die Legislative damit macht, ist ihre Sache. Grundsätzlich gilt es festzustellen, dass es in der nach wie vor aktuellen unsicheren Lage müssig ist zu diskutieren, ob die Steuererträge zu optimistisch oder pessimistisch budgetiert wurden. Der Kanton ist nach wie vor kein zuverlässiger Partner mit schwankenden Abgaben und Aufgabenverschiebungen zwischen Kanton und

Gemeinde. Die Vorgabe ein ausgeglichenes Budget vorzulegen, ist erfüllt. Allerdings nur dank der am 22. Juni 2020 durch den SR beschlossenen Auflösung der Bewertungsreserve von jährlich 5.7 Mio. Franken. Diese ist erstens nicht Liquiditätswirksam und zweitens kommt diese ab 2026 nicht mehr vor. Die Folge ist zunehmend ein negativer Selbstfinanzierungsgrad. Im Moment budgetiert mit minus 17 Prozent und damit eine logisch verbundene Neuverschuldung. Das ist im AFP 2023 bis 2025 ersichtlich. Diese Kennzahl lässt sich wie viele andere auch eigentlich nur durch drei Massnahmen verbessern. Erstens durch Steigerung der laufenden Einnahmen, zweitens durch Senkung der laufenden Ausgaben und drittens durch die Senkung der Nettoinvestitionen. Dazu hat man heute ja bereits etwas gehört. Grundsätzlich eine legislativ-politische Aufgabe. Die GPK dankt allen Beteiligten für die seriöse Arbeit in Zusammenhang mit dem Budget 2022. Die GPK empfiehlt dem SR das Budget 2022 zur Behandlung. Der SR wird gebeten, da die inhaltlichen Unterschiede zahlenmässig in den Voten der Fraktionen nicht allzu gross sind, auf allzu viele Wiederholungen zu verzichten.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt dem Vorredner für sein Votum. Auch Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice hat die Aktennotiz des Fraktionentreffens mit Interesse gelesen und deshalb wird sie sich kurzhalten. Der SR tagt öffentlich und wir haben Publikum. Deshalb gibt es doch etwa zu erläutern. Der SR hat sich bereits vor einer Woche mit dem Budget befassen können. Ebenfalls wurden die Medien vorgängig informiert. Das Budget weist einen betrieblichen Aufwand von 117 Mio. Franken und einen betrieblichen Ertrag von 108 Mio. Franken aus und gestaltet sich so, dass am Schluss ein Plus von 1.7 Mio. Franken besteht. Der Vorredner hat es bereits gesagt, dass dies nur dank der Neubewertungsreserve möglich ist, die 5.4 Mio. Franken betragen. Ansonsten hätten wir ein negatives Budget. Die Vorgaben für den Budgetprozess, unter anderem vom SR, der ein ausgeglichenes Budget verlangt, wurden erfüllt. Dass es nicht ein wunderbares Budget ist, kann man so sehen, aber man darf auch nicht schwarzmalen. Im Moment ist der Darlehenszins bei den längerfristigen Verbindlichkeiten sehr tief. Das Zinsniveau ist stetig gesunken. Es ist deshalb interessant jetzt zu investieren und Schulden zu machen. So können auch in Burgdorf die 11 Mio. Franken, die man für Investitionen geplant hat, nicht aus den eigenen Mittel bezahlt werden, sondern man muss sich neu verschulden. In der momentanen Situation ist es kein Drama, aber ganz klar unschön. Eine Tatsache ist auch, dass von den 11 Mio. Franken nur rund 60 Prozent ausgelöst werden können. Die Gründe dafür sind vielfältig und bekannt. Das Eigenkapital beträgt 108 Mio. Franken. Die Stadt Burgdorf hat auch Liegenschaften und Verwaltungsvermögen, also auch Gegenwerte. Die Coronapandemie macht es ganz schwierig. Man ist im steten Austausch mit dem Kanton. Man geht im Moment davon aus, dass man bei den natürlichen Personen sogar einen minimalen Steuerzuwachs verzeichnen kann von rund 1.6 Prozent. Hingegen erstaunt es nicht, dass die juristischen Personen einen grossen Einbruch erlitten und sind immer noch dran. Die vierte Welle steht bevor. Den Gewerbetreibenden geht es wirklich schlecht. Deshalb rechnet man mit Einbussen von 7.1 Prozent. 60 Prozent des gesamten Budgets geht direkt wieder an den Kanton. Die Kantonsabgaben sind immer noch relativ instabil. Sie haben sich vor Corona etwas stabilisiert. Mit Corona ist es wieder eine völlig instabile Situation. Corona bedingt gibt die Stadt Burgdorf rund 0.9 Mio. Franken mehr aus. Dies vor allem über den Lastenausgleich im Bereich Sozialhilfe. Es ist eigentlich eine exorbitante Zahl. Die Personalkosten verzeichnen weiterhin eine Steigerung. Es wurden verschiedene Stellen geschaffen. Bei dieser Stellenschaffung muss beachtet werden, dass etliche Stellen wie Schulsozialarbeit über Drittgemeinden verrechnet werden können. Es sind nicht nur Stellen, welche durch die Stadt Burgdorf bezahlt werden. Bei der Sozialhilfe wird ein Teil über den Lastenausgleich abgerechnet. Diese Stellen werden nicht vollumfänglich von der Stadt Burgdorf bezahlt, werden aber im Budget entsprechend erfasst. Die ganze finanzielle Situation bereitet Sorgen. Der Normalbetrieb der Verwaltung kann nur durch Aufnahme von Schulden realisiert werden und das ist unschön. Aus diesem Grund hat die Finanzdirektion eine Budgetklausur in Angriff genommen. Bereits an der heutigen Gemeinderatssitzung wurde bereits der Umfang, den man einsparen möchte, festgelegt. Die Budgetklausur wird in diesem Winter bis im März erfolgen. Die

Parameter sollten eigentlich bereits im Budget 2023 zum Tragen kommen. Der Grund ist nicht, dass wir dramatisch dastehen, sondern weil die Neubewertungsreserve ab 2026 nicht mehr da ist. Wer weiss, was im 2026 alles ist. Im 2019 und 2020 ist man noch in die Sportferien gegangen und hat Coronabier getrunken. Mitnichten hat man daran gedacht, dass wir ein Jahr später Masken tragen und nur noch zu fünft in die Skiferien fahren dürfen. Der SR wird gebeten, den Anträgen zuzustimmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass es durchaus Gründe gibt das Budget anzunehmen oder abzulehnen. In der Diskussion in der Fraktion kam man zum Schluss, dass die langfristige Perspektive vermehrt ausgearbeitet werden muss. Die GLP-Fraktion ist froh, dass eine Budgetklausur stattfindet. Das ist der richtige Weg. Es wird damit aber eine hohe Erwartungshaltung hervorgerufen. Es werden deshalb substanzielle Resultate erwartet. Gleichzeitig fällt jedoch das Stichwort Verzichtsplanning. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, insbesondere als SR, wäre es gut, wenn man Optionen vorgelegt bekommt, wo man etwas machen kann und wo eben nicht. Es ist relativ plakativ und pauschal, wenn gesagt wird, dass die meisten Ausgaben durch den Kanton geregelt sind. Das ist so, trotzdem wäre es wünschenswert, wenn der SR mehr Details erhalten würde. Es stehen mehrere grosse Projekte an wie die Schulraumplanung und B.move. Wenn man die Ausgaben auf eine solche lange Dauer festlegt oder plant, müsste man auch Ideen haben wie man auf der Einnahmeseite vorgeht. Es braucht deshalb die langfristige Sicht. Dazu braucht es die jetzige Sicht sowie wie man die zukünftigen Investitionen stemmen will. Die GLP-Fraktion wünscht sich diese Antworten vom GR. Unter dem Strich ist man der Meinung, dass eine Ablehnung des Budgets nichts bringt. Die GLP-Fraktion wird das Budget annehmen und zustimmen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man das Ganze kritischer sieht. Jahr für Jahr hat die FDP-Fraktion mahndend den Finger erhoben und sich darum bemüht, dass die städtische Finanzentwicklung gegen aussen transparent und vor allem ungeschminkt dargestellt wird. Gegen aussen heisst, gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern. Das Budget 2022 ist nicht eine plötzliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr, sondern eine Folge von einer sorglosen und beschönenden Finanzpolitik der letzten Jahre. Getreu dem Motto, dass alles halb so schlimm ist. In den Budgetkommentaren seit 2017, also in den letzten sechs Jahren, hat Stadtrat Kämpf Jürg nachgelesen, was die Selbstfinanzierung der geplanten Nettoinvestitionen beträgt. In keinem der letzten sechs Jahre war vorgesehen, die geplanten Investitionen aus den eigenen Mitteln zu bezahlen. Das heisst, man hätte in jedem Jahr eine Neuverschuldung zulassen müssen. Jetzt ist aber bekannt, dass in den letzten Jahren relativ viele Investitionsvorhaben nicht ausgelöst worden sind. Dies aus unterschiedlichen Gründen. Zusätzlich hatten wir zum Glück die politisch gefärbten Gelder der Localnet AG. Seit 2018 betragen diese Gelder sage und schreibe 20 Mio. Franken. Das ist trügerisch, weil wir effektiv in Tat und Wahrheit per heute keine Schuldenzunahme verzeichnen. Alles was an Investitionen nicht ausgelöst worden ist, führt zu einem Investitionsstau. Das kommt noch alles auf uns zu. Dabei sprechen wir ab 2026 noch nicht von der Schulraumplanung. Hofer Peter, Leiter Finanzdirektion, hat es selber als Papiergelder bezeichnet was die Neubewertungsreserve von 5.4 Mio. Franken betrifft. Das dient nun wunderschön zur Gestaltung von einer tollen Jahresrechnung, aber es ist wirklich nicht mehr. Aus diesen Gründen ist es nicht verständlich, dass die Finanzverantwortlichen der Meinung sind die Vorgabe des SR für ein ausgeglichenes Budget wiederum erfüllt zu haben. Das ist doch reine Makulatur. Das mag politisch korrekt sein, aber es dient nicht der Sache. Es ist auch übertrieben, dass man die Coronapandemie bereits im Budget 2022 für bedeutende Auswirkungen verantwortlich macht. Es ist klar, es wird in Zukunft noch das eine oder andere auf uns zukommen, aber die Fr. 300'000.-- Steuerausfälle bei den juristischen Personen ist zwar unschön, aber es ist für das grosse Manko im 2022 sicher nicht entscheidend. Die FDP-Fraktion wehrt sich vehement gegen Aussagen und ein Fazit, dass alleine die geplanten Investitionen und fehlenden Erträge für den Schuldenanstieg verantwortlich sind. Man stellt einmal mehr fest, dass man weiter munter Stellen geschaffen hat. Es ist kein Trost,

wenn man sagt, dass etwas der Kanton übernimmt. Tatsache ist, dass wir seit 2017 eine Personalkostenzuwachs von 22 Prozent oder 5 Mio. Franken haben. Auf der anderen Seite hatten wir in den letzten sechs Jahren einen Zuwachs der Steuererträge von 8 Prozent oder 3.3 Mio. Franken. Natürlich gibt es auch noch andere Gründe, aber es ist nicht verwunderlich, dass wir heute ein Budget präsentiert bekommen mit einem operativen Ergebnis von unglaublichen minus 9 Mio. Franken. In den Unterlagen findet man nach wie vor keine Angaben und keine Bemühungen von irgendwelchen Kosteneinsparungen. Man bleibt der Argumentation treu, dass die Stadt Burgdorf keine Unternehmung ist und man dort nicht einfach sparen kann. Das hat ein Korn Wahrheit, aber sparen kann man auch bei einer Stadt. Das macht der FDP-Fraktion Sorgen. Die Zahlen sind langsam bedrückend und besorgniserregend. Man will und muss in der Stadt Burgdorf weiterhin sinnvoll und ausgewogen investieren können. Man soll auch einmal bei den Ausgaben hinschauen. Der immer grösser werdende Verwaltungsapparat soll hinterfragt werden. Es ist auch zu überdenken, wieso es immer mehr kostenintensive externe Beratung und Dienstleistungsunternehmen braucht, damit eine Stadt überhaupt noch funktionieren kann. Man hat den Glauben ein bisschen verloren, dass wirklich dort angesetzt wird, wo die Wirkung auch am Grössten ist. Man wünscht sich die Klausur nicht erst für das Jahr 2023, sondern bereits für das Jahr 2022. Deshalb wird die FDP-Fraktion das Budget 2022 ablehnen. Man will und kann das nicht mehr gutheissen und in dieser Form nicht mehr akzeptieren. Die FDP-Fraktion verlangt bei der Abstimmung, dass einzeln über die Anträge abgestimmt wird.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man es nicht ganz so pessimistisch sieht wie die FDP-Fraktion. Man sieht aber, dass die Zahlen nicht so schön sind. Es wurde auch so transparent kommuniziert. Die Grünen-Fraktion dankt für die Infoveranstaltung zum Budget. Das ist ein sehr guter Anlass um Fragen zu stellen und gewisse Punkte zu diskutieren, die im Rat nicht wiederholt werden müssen. Die Grünen-Fraktion wird dem Budget 2022 zustimmen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, dankt den Verfassern für das Budget 2022 und den Aufgaben- und Finanzplan. Das Erstellen des Budgets ist für die Finanzdirektion und ebenfalls für die Verwaltung immer sehr anspruchsvoll, damit die vielen Zahlen rechtzeitig und vor allem in verständlicher Form vorliegen. Die Zahlen wurden an der Informationsveranstaltung gut erklärt, im Kompass übersichtlich dargestellt und im Bericht auch transparent kommentiert. So steht, dass sich die finanzielle Lage der Stadt Burgdorf im Vergleich zum Vorjahr weiter verschlechtert hat. Zudem ist das Ergebnis nur dank der Neubewertungsreserve bis 2025 ausgeglichen. Die Neubewertungsreserve muss von Gesetzes wegen bis 2025 aufgelöst werden. Da kann man gar nichts dazu beitragen. Die Auflösung kommt gerade zum richtigen Zeitpunkt. Danach sieht es aber sehr düster aus, denn das seit Jahren vorhandene strukturelle Defizit bleibt bestehen. Die Coronapandemie kann das schlechte operative Ergebnis von über minus 6 Mio. Franken im allgemeinen Haushalt nicht erklären. Was am meisten stört, ist auch wieder der Personalbestand, der um weitere sieben Stellen oder 1.5 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2021 ansteigt. Die hohen Investitionen für Gebäudesanierung, Schulraum und Verwaltungsraum in den nächsten Jahren benötigt zusätzliche Mittel, so dass die Schulden auch weiter ansteigen. Bei den Zinsen weiss man nicht, wie es weiter geht. Zurzeit sieht es sehr unsicher aus. Je nachdem wie sich die Teuerung entwickelt, kann es plötzlich schnell gehen und sie steigen wieder. Um zu verhindern, dass die Stadt Burgdorf nach 2025 noch tiefer in die roten Zahlen rutscht, sind jetzt dringend Massnahmen nötig. Die Mitte-Fraktion erwartet vom GR, dass man rasch über die Bücher geht und Vorschläge ausarbeitet sowie das Leistungsangebot zu überprüfen. Weiter braucht es eine langfristige Finanzplanung, die Prioritäten setzt, aber auch realistische Massnahmen aufzeigt. Das Geld reicht nicht für alles und diese Erkenntnis ist, wie vorhin gehört, bei Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice auch angekommen. Deshalb werden gemäss Berner Zeitung BZ und den Informationen von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice die Finanzverantwortlichen in den nächsten Wochen einen Sparprozess, die sogenannte Budgetklausur, anstossen und aufzeigen, wo die Stadt

Burgdorf den Rotstift ansetzen kann. Man ist sehr gespannt und man hofft, dass der SR laufend informiert wird. Aufgrund der schlechten Zahlen kann die Mitte-Fraktion den Anträgen des GR nicht folgen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und die Erstellung der detaillierten Unterlagen. In einem Punkt sind wir uns wohl alle einig, das Budget 2022 löst keine riesige Euphorie aus. Das ausgeglichene Ergebnis wird nur dank der Entnahme aus der Neubewertungsreserve von 5.4 Mio. Franken gerade so erreicht. Diese Mittel wollte man eigentlich für die Einlage in die Spezialfinanzierung Schul- und Verwaltungsraumplanung brauchen, und dort wären sie auch dringend nötig. Die Entwicklung des operativen Ergebnisses bereitet einem schon Sorgen. Jedes Jahr wird das wieder angesprochen und doch stehen wir heute da und weisen noch immer ein negatives, operatives Ergebnis aus. Wie wir an der Informationsveranstaltung vergangene Woche erfahren haben, führt die Finanzdirektion in Zusammenarbeit mit den Direktionsleitungen eine Finanzklausur durch. Die Arbeit und Mühen anerkennt die SP-Fraktion und hofft, dass dies ein zielführender Prozess sein wird. Auch die SP-Fraktion hat die Problematik erkannt und ist gerne bereit, mit weiteren Fraktionen ins Gespräch zu treten, um gemeinsam nach konstruktiven Lösungen zu suchen, die zu einer Entspannung der Stadtfinanzen beitragen. Gleichzeitig ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass auch wenn die geplanten Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden können beziehungsweise nicht möglich sind ohne Neuverschuldung, es zu keinem Investitionsstau kommen darf. Man ist bereit, den moderaten Schuldenanstieg in Kauf zu nehmen im Wissen, dass eine Zurückstellung der Investitionen nur eine Verschiebung der Probleme auf die kommende Generation wäre. Stadträtin Bannwart Gabriela richtet noch einige Worte zu der Kritik von bürgerlicher Seite betreffend dem gestiegenen Lohnaufwand von rund 1.5 Mio. Franken. An der Stadtratssitzung im November 2020 war die Gehaltsentwicklung 2021-2024 traktandiert und der SR hat mit einer grossmehrheitlichen Zustimmung den Beschluss gefasst, dass zusätzliche Stellen die Lohnentwicklung beziehungsweise die Gehaltsentwicklung von jährlich maximal 1 Prozent nicht beeinflussen dürfen. Gerne wird das Votum der SVP- und EDU-Fraktion aus dem Protokoll zitiert: "Mit dem vorliegenden Geschäft wird eine langjährige Forderung der SVP- und EDU-Fraktion erledigt. Es ist wichtig und gut, dass jetzt nicht mehr jedes Jahr über die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals öffentlich diskutiert wird. Der Aufwand der Verwaltung, der für die Mitglieder der Kommission Gehaltsentwicklung betrieben wurde, hat sich gelohnt. Das Vorgehen entspricht der Vorstellung von Sachpolitik." Und nun stehen wir ein Jahr später wieder hier und diskutieren trotzdem wieder öffentlich über den Personalaufwand. Wie man der Vorlage entnehmen kann, handelt es sich bei den neu geschaffenen Stellen einerseits um notwendige Stellen wie zum Beispiel die Aufstockung in der Sozialhilfe zur Bewältigung aller Dossiers aufgrund dem Corona bedingten Anstieg und andererseits um strategisch wichtige Stellen wie zum Beispiel die Projektleitung Nachhaltigkeit und Mobilität zur Erfüllung der Klimavision 30. Die SP-Fraktion hofft, dass sich der SR zukünftig an seine eigenen Worte hält und in der Budgetdebatte auf Diskussionen betreffend den städtischen Angestellten verzichten kann. Die SP-Fraktion wird in diesem Sinn den Anträgen geschlossen zustimmen.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass man keine Aussagen zu den Lohnausgaben macht. Die SVP- und EDU-Fraktion dankt für die Ausarbeitung des vorliegenden Budgets. Leider ist die Entwicklung alles andere als erfreulich. Man hat es bereits mehrfach gehört. Der Schuldenzuwachs beschäftigt auch die SVP- und EDU-Fraktion und man hat sich viele Gedanken gemacht, wie man mit dem Geschäft umgehen will. Erste Bemühungen in Form der geplanten Budgetklausur sind sichtbar und erfreulich. Bis aber etwas Konkretes passiert, fliesst noch viel Wasser die Emme ab respektive es wird noch viel Geld ausgegeben. Das ausgeglichene Budget respektive das Budget mit einem Plus ist nur mit Papiergeld möglich. In jedem privaten Haushalt kann man nur so viel ausgeben, wie man einnimmt. Das sollte bei einer Stadt auch nicht anders sein. Sparen

ist keine erfreuliche Sache, aber das ist man den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Darum lehnt die SVP- und EDU-Fraktion das Budget ab.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP-Fraktion, dankt der Finanzdirektion für ihre zuverlässige Arbeit und die Informationen, die jederzeit zur Verfügung gestellt werden und die Offenheit um Fragen stellen zu können. Die EVP-Fraktion wird dem Budget zustimmen. Der jetzige positive Abschluss, nur dank den 5.4 Mio. Franken aus der Neubewertungsreserve, ist wie ein Trostpflaster, das schlecht klebt. Man begrüsst die geplante Budgetklausur, die auf Initiative von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice initiiert wird. Man erhofft sich dabei eventuelle Einsparungen. Der grossen Herausforderung in der Zukunft betreffend Stadtfinanzen ist man sich bewusst. Man appelliert deshalb an alle, dass man dran bleibt bezüglich der Massnahmen bei der Pandemie und die Betriebe, welche dadurch eingeschränkt werden, wieder prosperieren und wieder Steuergelder fliessen, so dass wir wieder eine positivere Zukunft vor uns haben.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass in der Diskussion erwähnt wurde, dass man wissen möchte was der SR eigentlich machen kann. Es ist mit dem NPM-Budget eine gewisse Unsicherheit vorhanden, weil man nicht über einen kleineren Betrag in der Erfolgsrechnung befinden kann. Der GR hat es schon oft gesagt beziehungsweise die Diskussion hat es schon öfters gegeben, was der SR kann. Der SR kann bei Kreditvorlagen etwas sagen. Es ist nicht klar, ob es allen bewusst ist. Mit den zwei heutigen genehmigten Kreditvorlagen hat der SR für die nächsten 40 Jahre einen Aufwand mit Zins und Amortisation pro Jahr rund Fr. 100'000.-- generiert. Es wird nicht gesagt, es sei schlecht oder gut, aber es ist Fakt. Dieser Umstand muss man sich bewusst sein.

Abstimmung

1. Im Jahr 2022 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1.63fache (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftssteuer von 1.0 Promille (unverändert) des amtlichen Wertes.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

Abstimmung

2. Das Budget 2022 wird genehmigt bestehend aus:

| | | Aufwand | | Ertrag |
|-----------------------|-----|----------------|-----|----------------|
| Gesamthaushalt | CHF | 121'031'660.00 | CHF | 121'359'075.00 |
| Ertragsüberschuss | CHF | 327'415.00 | | |
| Allgemeiner Haushalt | CHF | 114'270'347.00 | CHF | 114'270'347.00 |
| Ertragsüberschuss | CHF | 0.00 | | |
| SF Abwasserentsorgung | CHF | 3'443'872.00 | CHF | 3'843'978.00 |
| Ertragsüberschuss | CHF | 400'106.00 | | |
| SF Abfallentsorgung | CHF | 2'087'677.00 | CHF | 2'162'700.00 |
| Ertragsüberschuss | CHF | 75'023.00 | | |
| SF Feuerwehr | CHF | 1'289'764.00 | CHF | 1'142'050.00 |
| Aufwandüberschuss | | | CHF | 147'714.00 |

3. Die Saldi der Erfolgsrechnung 2022 der nachfolgend genannten Organisationseinheiten und Produktgruppen (Deckungsbeitrag 5) werden genehmigt (Art. 10 Abs. 3 NPMR):

PraD: PG 10, 11, 13 und 14

BauD: PG 20, 21, 22, 23 und 24

ESiD: PG 32, 33, 34, 35, 36 und 37

BilD: PG 50, 51 und 52

SozD: PG 60, 61, 62 und 63

FinD: PG 70

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 21 Ja und 15 Nein Stimmen die Anträge.

SRB: 2021-498 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation Grüne Partei betreffend Erhaltung eines Quartiertreffpunktes im Steinhofquartier

Verhandlung

Stadtrat Bangerter Walter, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man mit der Antwort des GR zufrieden ist. Man nimmt zur Kenntnis, dass die Verhandlungen bezüglich Übernahme der Liegenschaft an der Bernstrasse mit dem Kanton noch am Laufen sind. Man hofft auf einen günstigen Abschluss der Verhandlungen, damit die Liegenschaft und der schöne Park in den Eigentum der Stadt Burgdorf übergehen kann und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2021-499 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es wird folgender parlamentarische Vorstoss eingereicht:

- Interpellation GLP-Fraktion betreffend Verzögerungen Rollsportanlage

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass Gemeinderat Grimm Christoph eingangs ein paar Punkte erwähnt hat, was gerade läuft. Was man aber nicht gehört hat, ist wie es bei der Berufsfachschule weitergehen soll. Das ist wohl auch eine Herzensangelegenheit, dass die Berufsfachschule in Burgdorf bleibt. Das KV und der Detailhandel sollen aus Burgdorf verschwinden. Gerne möchte die FDP-Fraktion wissen, wie sich der GR dafür einsetzt. Der Schulstandort Burgdorf soll nicht erodieren.

Gemeinderat Grimm Christoph teilt mit, dass es richtig erwähnt wurde, es ist eine Herzensangelegenheit. Dies nicht, weil er einmal dort gearbeitet hat, sondern weil es für das Emmental und die Stadt Burgdorf sehr wichtig ist. Die Stadt Burgdorf erarbeitet eine Konsultationsantwort. Es kann nicht nur vom KV gesprochen werden, es betrifft alle Berufe. Das Emmental soll gewisse Klassen gewinnen, aber auch gewisse Klassen abgeben. Die Verhandlungen laufen noch. Der GR setzt sich für Burgdorf ein. Das gleiche wird der Schulrat vom BZ Emme machen. Es läuft ungefähr in die gleiche Richtung. Man will den Schulstandort Burgdorf und das BZ Emme stärken oder gleich stark behalten.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass er in der Gruppe engagiert ist, die das Teilprojekt 4 bearbeitet. Dies im Rahmen als Vertreter der Regionalkonferenz. Wenn man die technische Analyse angeschaut hat, hätte man gesehen, dass Burgdorf rund 36 Klassen hätte verlieren sollen. Jetzt hat man einen Gewinn von rund 10 Klassen. Die Differenz zwischen der technischen Analyse und der Antwort der Konsultation ist gross. Die genauen Zahlen kann Stadtpräsident Berger Stefan nicht sagen. Der Standort BZ Emme soll gestärkt werden. Langenthal hat lange spekuliert, dass sie die Mediamatiker erhalten. Langenthal verliert und Burgdorf wird grösser. Die Schule erhält eine Stärkung des Profils, die in Richtung handwerkliche Berufe geht. Diese machen uns auch fit für die Zukunft. Das Projekt heisst jetzt 2020 und in fünf Jahren wird es wohl 2025 oder 2030 heissen. Bis dahin ist man besser aufgestellt, wenn man eine klare Fokussierung hat. Das KV ist eine Herzensangelegenheit. Bei der Konsultation hat Burgdorf eingebracht, dass mindestens zwei Klassen in Burgdorf geführt werden. Das heisst, wenn die Anzahl Lernende zurückgeht, weil man noch nicht weiss, was die KV-Reform für einen Einfluss hat, sind mindestens zwei Klassen in Burgdorf. Die Antwort geht nun an den Kanton und es erfolgt eine Gesamtkonsultation, später wird es verabschiedet.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara informiert über den aktuellen Stand betreffend Vogelhotel in Burgdorf. Die Vögel fliegen im Moment noch nicht ein und aus. Das braucht noch eine gute Planung. Stadtpräsident Berger Stefan wird mit Heppler Daniel und Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara schauen, wo solche Vogelhotels Sinn machen. Der SR wird auf dem Laufenden gehalten.

Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin teilt mit, dass die nächste Stadtratssitzung am 13. Dezember 2021 um 17.30 stattfindet. Im Anschluss an die Sitzung findet die Jahresschlussfeier des SR statt. Die Einladung hat Henzi Brigitte heute Nachmittag verschickt. Stadtratspräsidentin Fankhauser Karin würde sich freuen, wenn alle mit ihrem Partner dabei sein könnten. Die Anmeldung erfolgt bei Henzi Brigitte. Die Vorsitzende wünscht eine gute Heimreise oder einen guten Schlummertrunk.

Burgdorf, 26. November 2021

Namens des Stadtrates:



Karin Fankhauser
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin